

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses
für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und
Liegenschaften am 24.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Beratungsraum 113,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:36 Uhr bis 20:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Sabine Ernst	Büroleiterin Büro des Oberbürgermeisters
Martina Beßler	Controllerin Geschäftsbereich I
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich OB
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Reik Möller	Referent Geschäftsbereich OB
Katharina Brederlow	Fachbereichsleiterin Bildung
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Yvonne Merker	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den
Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - GB IV, ggf. Stellenplan -
Vorlage: VI/2015/01200
 - 5.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
Fraktion DIE LINKE und der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und
Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01419
 - 5.1.2. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Jahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01423
 - 5.1.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01443
 - 5.1.4. Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den
Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447

- 5.1.5. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2015/01486
- 5.1.6. Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (VI/2015/01200) - Kosten für Asylanten mit Bleibestatus
Vorlage: VI/2015/01491
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In nicht öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse lagen nicht vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - GB IV, ggf. Stellenplan -
Vorlage: VI/2015/01200**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01419**

zu 5.1.2 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)

zu 5.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01443**

zu 5.1.4 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447**

zu 5.1.5 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2015/01486**

zu 5.1.6 **Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (VI/2015/01200) - Kosten für Asylanten mit Bleibestatus
Vorlage: VI/2015/01491**

Anmerkung: Die Beschlussvorlage sowie die Änderungsanträge wurden zusammen beraten.

Frau Ernst bat darum, das Dienstleistungszentrum (DLZ) Migration und Integration vorzuziehen.

Herr Wolter bat um Vertagung auf Donnerstag, 26.11.2015.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung zur Behandlung des Punktes DLZ Migration und Integration.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Dienstleistungszentrum Familie.

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem inhaltlichen Vorspann.

Frau Simon verwies dahingehend auf Seite 924 des Haushaltsplanentwurfes.

Zum Bundeselterngeld fragte **Herr Cierpinski**, wie viele Briefe verschickt werden.

Frau Simon sagte, dass sich das DLZ ausschließlich aus Teams in der Leistungssachbearbeitung zusammensetzt. Um wie viele Briefe es sich genau handelt, kann nicht gesagt werden.

Fachbereich Gesundheit

Herr Wolter fragte, ob ein Mehrbedarf wegen den Tauben angemeldet wurde.

Frau Simon sagte, dass es sich dabei nicht nur um eine finanzielle Frage handelt.

Frau Dr. Gröger sagte, dass dies nicht nur ein finanzielles Problem ist. Tierschutzorganisationen sehen das Problem kritisch, es muss derzeit nach Alternativen gesucht werden. Eine Annäherung erfolgt bereits.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob diese Annäherung mit finanziellem Aufwand verbunden ist.

Frau Dr. Gröger bestätigte dies.

Herr Wolter fragte nach einer finanziellen Summe, um das Problem zu vereinfachen.

Frau Dr. Gröger sagte, dass 18.000 Euro in den Zahlen enthalten sind.

Weiter sagte sie zum Thema Amtsgutachten, dass die Untersuchungen kaum wahrgenommen werden und deswegen weniger Kosten anfallen. Es handelt sich dabei um Untersuchungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und Sportbefreiungen im Gymnasialbereich.

Herr Wolter fragte, was unter dem Begriff „Migrantenkinder“ zu verstehen ist. Er wollte wissen, ob dies in der zugesicherten Auflistung des Oberbürgermeisters enthalten ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass es sich dabei um die Kinder handelt, welche sich in Gemeinschaftsunterkünften befinden bzw. um Kinder, die der Stadt Halle zugewiesen sind. Es geht dabei hauptsächlich um Schuluntersuchungen; zum Stand Oktober waren es ca. 60 Kinder.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass ein planmäßiger Aufwuchs für 2016 auszuweisen sein müsste.

Herr Wolter bat um eine konkrete Abgrenzung und Darstellung.

Weiter fragte er, ob es einen Nachtragshaushalt geben wird, ob alles was Flüchtlinge betrifft aufgelistet wird und ob es eine 1:1-Planung gibt.

Herr Geier schlug vor, den Asylblock gesamt zu betrachten und nicht jedes Themengebiet vereinzelt. Formal ist dies eine Position, die zum Asyl gehört und dies muss entsprechend nachjustiert werden, sodass der entsprechende Aufwand gegenüber dem Land geltend gemacht werden kann.

Herr Wolter fragte, wieso keine Personalkostenanpassung für 2016 erfolgte.

Herr Geier antwortete darauf, dass es sich dabei um eine Annahme mit dem Planungsstand Juli 2015 ohne Dynamik handelt. Bei der Gesamtbetrachtung der personellen Situation, wurde der Mehrbedarf berücksichtigt.

Gruppenprophylaxe

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Hygiene

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Sozialpsychiatrie.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es in diesem Bereich auch ein Mehraufwand aufgrund der Asylsuchenden gibt.

Frau Dr. Gröger gab an, dass dies nicht auszuschließen ist.

Suchtberatungsstellen

Zum Thema Suchtberatungsstellen erklärte **Frau Simon**, dass bis 2015 die Sucht- und Drogenberatungsstellen im Fachbereich Soziales finanziell verortet und fachlich im Bereich Gesundheit waren. Die fachlichen und finanziellen Verantwortlichkeiten sollen in einer Hand sein und aus diesem Grund hat man dies vereint.

Herr Wolter fragte, ob präventiv etwas erhöht werden sollte aufgrund der vermehrten Drogenkriminalität in den letzten drei Jahren.

Frau Simon sagte, dass die Finanzierung zum einen durch eine Landeszuweisung und zum anderen durch eine geänderte Gesetzgebung kommt. Alle Suchtberatungsstellen werden hinsichtlich der Fallzahlen und weiteren Bedarfsentwicklungen geprüft und anhand dieser Prüfung ist man nun auf dem derzeitigen Stand.

Herr Wolter fragte, ob andere Fallzahlen aus den Suchtberatungsstellen vorliegen.

Frau Simon gab an, dass keine anderen Zahlen vorliegen und im November Tendenzgespräche für das Jahr 2016 geführt wurden. Dabei wurden keine Veränderungen seitens der Suchtberatungsstellen vorgelegt.

Herr Wolter fragte nach der Beteiligung des Saalekreises bei der Finanzierung der Beratungsstellen.

Frau Simon schilderte, dass die Zusammenarbeit in gemeinsamen Gesprächen sowie bei Erarbeitung der Psychiatrieerberichterstattung seit vielen Jahren stattfindet und der Saalekreis auch finanziell beteiligt ist.

Hilfe zum Lebensunterhalt

Herr Dr. Meerheim fragte, welche Punkte nicht von Asyl betroffen sind.

Frau Simon sagte, dass die Hilfe für Asylbewerber ausgeklammert wird.

Zur Grundsicherung im Alter fragte **Herr Wolter**, wie die Anmeldung des Bundeszuschusses erfolgt.

Frau Simon, sagte, dass bei der Grundsicherung dies im Haushaltsjahr in Raten gewährt wird. In diesem Fall gibt es eine 100%ige Erstattung.

Herr Dr. Meerheim wunderte sich, dass zum Ist-Stand 30.09. erst knapp die Hälfte geflossen ist. **Frau Simon** sagte, dass eine Vorfinanzierung durch die Verwaltung erfolgt.

Hilfe zur Gesundheit

Herr Dr. Meerheim sagte, dass schon jetzt die Zielgröße der Personalaufwendungen erreicht ist, die man für 2016 plant.

Frau Simon sagte, dass Zuordnungen in Bereichen gewechselt wurden und nun mehr Personal im Asylbereich zu finden ist.

Eingliederungshilfe

Es lagen keine Fragen vor.

Hilfe zur Pflege

Es lagen keine Fragen vor.

Hilfe zur Überwindung

Es lagen keine Fragen vor.

Leistungen SGB II

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Bildung und Teilhabe

Herr Dr. Meerheim fragte, warum die Ansätze nicht anders gewählt werden, da die Ist-Zahlen bereits im dritten Quartal deutlich überschritten werden.

Frau Simon sagte, dass die Haushaltssätze klar deklariert sind anhand von Prozenten der Kosten der Unterkunft. Die Differenz wird im Nachgang durch das Land ausgeglichen, dabei richtet sich dies immer nach den Aufwendungen der Bundesbeteiligung. Die Kosten der Schulsozialarbeit sind hier ebenfalls mit abgebildet.

Haus der Jugend

Herr Wolter fragte, warum dem Haus der Jugend keine Personalkosten zugeordnet wurden.

Es handelt sich um eine Person, die Darstellung lässt Rückschlüsse auf die Eingruppierung zu und aus diesem Grund wurde es im Bereich Sozialplanung verortet, so **Frau Simon**.

Wohnsozialisierungshilfe

Herr Knöchel fragte, ob eine Reduzierung der angemieteten Wohnungen vorliegt.

Frau Simon sagte, dass ein geringerer Bedarf bei den Übergangswohnungen vorliegt. Die Fallzahlen sind nicht weniger geworden. Personen ohne festen Wohnsitz werden weniger Übergangswohnungen angeboten, dies bietet man eher Familien an, die anders keine Wohnung erhalten aufgrund von Mietschulden oder ähnlichem.

Herr Dr. Meerheim wollte wissen, was bei den Personalaufwendungen passiert ist.

Frau Winter sagte, dass im Haus der Wohnhilfe Flüchtlinge untergebracht wurden, demnach wurde das Personal zugeordnet.

Die Verwaltung sicherte eine Beantwortung zu.

Wohlfahrtspflege

Es lagen keine Fragen vor.

Bildung und Teilhabe

Es lagen keine Fragen vor.

Wohngeld

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

sonstige Soziale Angelegenheiten

Herr Wolter bat um Erläuterung der Landeszuweisung.

Frau Simon sagte, dass es für einzelne Teile der Beratungsstellen Zuweisungen gibt. Es sind ausschließlich die kommunalen Leistungen enthalten, der Halle Pass usw. und dafür gibt es keine Zuweisung.

Herr Wolter fragte, ob es einen Bereich gibt, der nicht von steigenden Fallzahlen unabhängig von Asyl betroffen ist.

Frau Brederlow sagte, dass in den Armutsberichten keine Senkungen dargestellt sind. Es gibt einen beständigen Anteil an Leistungsempfängern, der nicht zurückgeht.

Frau Simon meinte, dass die zu verzeichnenden Abgänge, Abgänge in Integration sowie in die Grundsicherung sind.

Fachbereich Bildung

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Grundschulen

Herr Dr. Meerheim sagte, dass in allen Schulformen Kürzungen im Etat zu verzeichnen sind, vorwiegend bei den Sach- und Dienstleistungen.

Sekundarschulen

Es lagen keine Fragen vor.

Gymnasium

Herr Meerheim fragte zum Elisabethgymnasium, wieso noch eine Erhöhung dazugekommen ist und wieso einer privaten Schule Schulgeld gezahlt wird.

Frau Brederlow sagte, dass dies der Beschluss der Schulentwicklungsplanung ist. Und das Elisabethgymnasium eine ganze Klasse aufnimmt, um den Bedarf an Gymnasialplätzen zu decken.

Gesamtschulen

Es lagen keine Fragen vor.

Neue Gemeinschaftsschule

Es lagen keine Fragen vor.

Förderschulen

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Berufsschulen

Herr Dr. Meerheim fragte nach der Anzahl der Sekretärinnen.

Frau Quilitzsch sagte, dass die Stellen nicht gesunken sind und es drei Stellen mehr gibt. Die Personalkosten sinken aufgrund von Langzeiterkrankten.

Schülerbeförderung

Es lagen keine Fragen vor.

Parkeisenbahnexpress

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Schülerwohnheim

Frau Simon sagte, dass Schüler des Cantor Gymnasiums, die von außerhalb kommen, dies nutzen genauso wie Berufsschüler.

Frauenschutzhaus

Es lagen keine Fragen vor.

Förderung Erziehung in Familie

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Hilfen zur Erziehung Minderjähriger

Herr Knöchel fragte, ob die Ist-Zahlen eine Annäherung an 2014 oder an 2015 darstellen.

Frau Brederlow sagte, dass sich die Zahlen eher dem Vorjahr nähern. Dabei liegt auch eine Fallzahlensteigerung vor.

Adoption

Es lagen keine Fragen vor.

Unterhalt Vaterschaft

Es gab keine Fragen und der nächste Punkt wurde besprochen.

Kita

Herr Krause fragte, ob es sich bei dem Aufwuchs um Tarifsteigerungen oder auch um Personalaufwuchs handelt.

Frau Brederlow sagte, dass für den Betrieb von Kindertagesstätten ein Mehraufwand geplant wurde, da es mehr Einrichtungen geben wird. Die Kinder von Flüchtlingsfamilien werden in die normalen Kitas aufgenommen. Ein eventueller Aufwuchs ist momentan nicht abschätzbar.

Kinder- und Jugendschutzzentrum

Es gab keine Fragen und der letzte Punkt wurde besprochen.

Asyl

Herr Geier führte in die Thematik ein. Er schilderte die Einteilung in fünf Themen mit neugebildeten Produkten. Dies dient der besseren Übersicht sowie einer anschaulichen und transparenten Rechnungslegung. Es erfolgt ein Anstieg um 39 Millionen auf 59 Millionen aufgrund einer monatlichen Zuweisung von 721 Flüchtlingen. Es gibt Abstimmungen zwischen den verschiedenen Oberbürgermeistern und dem Land bezüglich einer 100%igen Refinanzierung durch das Land. Eine derzeitige pro Kopf Pauschale von 8.600 Euro ist so vertretbar im Haushalt einzuplanen.

Herr Krause fragte, ob auszuschließen ist, dass nicht wesentliche Kosten bei der Kommune bleiben.

Herr Geier sagte, dass dies im Asylbereich nicht der Fall ist.

Herr Wolter fragte nach dem Bezug zu den 8.600 Euro.

Herr Geier sagte, dass die Zahlen vom Oberbürgermeister mitgeteilt wurden.

Herr Geier führte aus, dass im Zeitraum Juli bis Dezember 2015, 3.700 bzw. 3.900 Personen in unsere Stadt gekommen sind. Dies ist der Bestand ab 01.01.2016. Mit dem Jahreswechsel stellt sich der Finanzierungsmodus um, dies heißt, dass das Land die Asylunterstützung in ein eigenes Gesetz aufnimmt. Der Pro-Kopfbetrag von 8.600 Euro ist definiert durch den Stand ca. Mai 2015; weitere Kostenfaktoren wurden diskutiert und nun nachjustiert. Es kann nicht genau berechnet werden Anhand der Prognosen und Ist-Werte werden Annahmen errechnet.

Weiter erklärte **Herr Geier**, dass eine weitere Komponente durch die entstehenden Personalkosten in der Verwaltung aufgrund der zugewiesenen Flüchtlinge hinzukommt. Zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Der Personalbedarf wurde anhand einer Hochrechnung für das Jahr 2016 ermittelt. Es soll dann nach Stellenplan und je nach Bedarf die Stellen besetzt werden. Die Personalkosten sollen ebenso durch das Land refinanziert werden. Es geht im Zeitraum Sommer 2015 bis Ende 2016 ggf. um 180 zusätzliche Stellen bei der angenommenen Zuweisungszahl.

Herr Krause erkundigte sich, wo das Personal untergebracht werden soll.

Herr Geier sagte, dass dies in der weiteren Entwicklung geklärt werden muss. Ein Mehrbedarf von 7,1 Millionen geht z.B. in die Bereiche Bürgerservice, Fachbereich Personal, Einreise und Aufenthalt, Kernbereich Asyl, Krankenhilfe, Amtsvormundschaft, ASD, Jugendhilfe ein.

Herr Knöchel fragte, ob dabei ein Sperrvermerk im Haushalt gesetzt werden soll.

Herr Geier antwortete, dass ein Sperrvermerk geplant ist.

Herr Scholtyssek fragte, wo die Stellen für 2015 herkommen, da diese nicht im Stellenplan stehen und wie sie finanziert werden.

Herr Geier sagte, dass es für einen Nachtragshaushalt zu spät ist. Die Stellen stehen nicht im Stellenplan, sind aber durch den Beschluss des Stadtrates legitimiert.

Herr Geier ging auf den dritten Punkt die zentrale Aufnahmestelle (ZAST) ein. Voraussichtlich im September 2016 kommt die ZAST in Trotha mit einer Fallzahl von ca. 2.500 Flüchtlingen. Dafür sind weitere Personalaufwendungen erforderlich.

Als weiteren Punkt sprach **Herr Geier** die kommunalen Leistungen an. Diese fallen an, sobald der Asylbewerber einen Bleibestatus hat. Hier werden keine Planungen vorgenommen.

Herr Wolter stellte einen Änderungsantrag zur Bereitstellung der Zahlen bis Donnerstag, 26.11.2015.

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Geier sprach als letztes zum Thema Investitionen. Die Überlegung ist, Investitionen für den Neubau von drei Kitas und eine Schule zu berücksichtigen, mit einer Gesamtsumme von 15,5 Millionen Euro auf drei Jahre verteilt bis 2018. Die Deckung der Kosten soll durch einen Kredit erfolgen und somit Vorlaufzeiten haushalterisch absichern.

Herr Wolter fragte, ob eine Förderung möglich ist.

Herr Geier antwortete, dass eine Förderung nicht möglich ist und dies nach Tilgungsplan zurückgezahlt wird.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01419**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Die finanziellen Mehraufwendungen, die sich durch die vom Stadtrat am 30.09.2015 und 28.10.2015 beschlossene Änderung der **Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale)** -

Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII) ergeben, sind zusätzlich im Haushaltsplan 2016 in den entsprechenden Produkten darzustellen.

Die Deckung erfolgt aus dem allgemeinen Haushalt.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01423**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass in den nachfolgenden PSP- Elementen eine 5%ige Erhöhung analog der Darstellung in der Tabelle erfolgt:

PSP-Element	Förderung freie Träger der Jugendhilfe	Plan 2016	Änderungsantrag	Gesamt
1.36201.01	Jugendarbeit	1.078.540	+ 53.927	1.132.467
1.36301.01	Jugendsozialarbeit	481.385	+ 24.070	505.455
1.36302.07	Förderung der Familie	621.100	+ 31.055	652.155
		2.188.025	+ 109.052	2.297.077

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01443**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird im Produkt „1.31107 – Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB II“ – Pflichtleistungen freier Träger – wie folgt geändert:

Der im Entwurf des Haushaltsplanes eingestellte Ansatz von 442.686 Euro wird um 5 % erhöht.

**zu 5.1.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Die mittelfristige Finanzplanung des Produktes 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wird wie folgt angepasst:

Plan ALT

2016	2017	2018	2019
990.500	990.500	990.500	990.500

Plan NEU

2016	2017	2018	2019
1.345.000	1.540.000	1.540.000	1.215.000

Die Deckung erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft.

**zu 5.1.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung
schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2015/01486**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Im Haushaltsplan 2016 werden in folgenden Produkten zusätzliche Mittel für Aufwendungen bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bereitgestellt:

Produkt 1.21101 Grundschulen – 202.700 €
Produkt 1.21601 Sekundarschulen – 53.400 €
Produkt 1.21701 Gymnasien – 5.900 €
Produkt 1.21801 Gesamtschulen – 21.900 €
Produkt 1.21901 Gemeinschaftsschulen – 18.800 €
Produkt 1.22101 Förderschulen – 74.500 €
Produkt 1.23101 Berufsbildende Schulen – 38.400 €

**zu 5.1.6 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie
den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (VI/2015/01200) - Kosten für
Asylanten mit Bleibestatus
Vorlage: VI/2015/01491**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Finanzausschuss beauftragt die Stadtverwaltung,

bis zur Abschlussberatung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 am Donnerstag, den 26.11.2015, die sogenannten Sekundärkosten für

die Stadt Halle (Saale) in der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 darzustellen, welche entstehen, wenn Personen mit Flüchtlingsstatus bzw. Personen aus dem Asylverfahren ein Bleiberecht für die Stadt Halle (Saale) zugesprochen bekommen. Darunter sind zum Beispiel KdU, anteilige Personalkosten o.ä. aufzuführen.

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - GB IV, ggf. Stellenplan - Vorlage: VI/2015/01200

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Herr Dr. Meerheim beendete die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin